INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Zeit der Entscheidung

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 228 vom 30. September 2022

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 228 vom 30. September 2022, S. 10, unter dem Titel:

"Zeit der Entscheidung. Trotz vieler Krisen glaubt die Mehrheit an den Sieg freier Gesellschaften."

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Die Unzufriedenheit mit der Ukrainepolitik wächst
	A	2	Frieden um den Preis der Unterwerfung?
	A	3	Grundsätzliche Haltungen zu Krieg
	A	4	Großer Rückhalt für die Demokratie
	A	5	Große Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West
	A	6	Maßnahmen für eine gute Zukunft
	A	7	China ist für Deutschlands Wirtschaft wichtig
	A	8	Die Mehrheit wünscht für Deutschland weniger Zuwanderung
	A	9	Breite Mehrheit im Konfliktfall für Orientierung an deutscher Leitkultur
	A	10	Fatalismus überwiegt

Schaubild	1	Glaube an die Kraft der Demokratie
	2	Wofür lohnen sich Wohlstandseinbußen?
	3	Weiter wachsende Beunruhigung über die Abhängigkeit von China
	4	Kurzfristige Reduzierung der Abhängigkeit unrealistisch
	5	Schärfere Selektion von Handelspartnern?
	6	Skepsis in Bezug auf Deutschlands Wirtschaftsperspektiven
	7	Weiter auf Globalisierung setzen?
	8	Zuwanderungsbilanz
	9	Zurzeit ausgeprägter Zukunftspessimismus

O r i g i n a l m a n u s k r i p t

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Zeit der Entscheidung

Es ist ein Merkmal unserer Zeit, dass sich angesichts der Kumulierung von Krisen und Risiken die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, in vieler Hinsicht drängend stellt. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen an Wegscheiden, werden in Entscheidungen gezwungen, die lange verdrängt wurden oder nicht drängend schienen. Der Frieden in Europa erschien vielen garantiert, die überwältigende Mehrheit kennt nichts anderes als Frieden. Jetzt plötzlich ist Europa jedoch beteiligter Zeuge eines Krieges, bei dem es um die Verteidigung von Souveränität und Freiheit geht, und wird damit selbst in die Entscheidung gezwungen, ob es Frieden um jeden Preis verfolgt oder den Kampf um Freiheit und Souveränität unterstützt.

Gleichzeitig stellen sich viele Fragen, wieweit Abhängigkeiten künftig in Kauf genommen werden können; das gilt nicht nur in Bezug auf

die Versorgung mit Energie und Rohstoffen, sondern auch für die Organisation der Wirtschaftsbeziehungen. Hat die Globalisierung ihren Zenit überschritten, wollen wir eine schärfere Selektion von Handelspartnern und eine Re-Nationalisierung von Produktionsstrukturen und sind wir dafür auch bereit, Wohlstandseinbußen hinzunehmen?

Die Flüchtlingsströme, die mit diesem Jahr wieder anschwellen, stellen darüber hinaus die Frage nach Solidarität und Grenzen finanzieller und sozialer Leistungsfähigkeit und -bereitschaft. Auch die Frage, wie sich Politik und Gesellschaft generell zu Migration positionieren, wieweit wir auf Zuwanderung setzen und sie steuern wollen, ist nicht eindeutig beantwortet – mit allen Risiken, die ein Ausweichen vor dieser Debatte mit sich bringt. Die Wahlergebnisse in europäischen Nachbarstaaten sind eine Warnung.

Auch die ökonomischen Kollateralschäden der Krisen stellen die gesellschaftliche Solidarität auf die Probe. Das Zutrauen, dass der Wohlstand und damit die Verteilungsspielräume kontinuierlich weiter

wachsen, ist zerstört und dies zwingt auch Entscheidungen auf, wie die knapper werdenden Ressourcen eingesetzt werden sollten. Der künftige Zuschnitt des Sozialstaates in einer rasch alternden Bevölkerung steht hier zur Debatte und die Frage, welche grundlegenden Reformen von der Bevölkerung mitgetragen oder zumindest akzeptiert würden. Dazu kommen die Transformationsprozesse, die für einen besseren Klimaschutz eingeleitet wurden und für die heute in einem gänzlich veränderten Umfeld Akzeptanz gewonnen werden muss.

Es sind so grundlegende Weichenstellungen, dass es für jede Regierung zur Herausforderung wird, die richtigen Entscheidungen zu treffen und gleichzeitig die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, um sich die Basis für die Weiterführung ihrer Politik zu sichern. Bei der ersten Frage, der Balance zwischen Friedenssicherung und der Unterstützung bei der Verteidigung von Souveränität und Freiheit, gelingt dies der Regierung mit jedem Monat weniger. Im März, nach dem Ausrufen der Zeitenwende, unterstützte die Mehrheit der Bevölkerung den Kurs in Bezug auf den Ukraine-Krieg, nur 33 Prozent zogen eine kritische Bilanz. Schon im Mai hielten sich

Tabelle A 1

Anerkennung und Kritik die Waage, seither wächst die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Regierung kontinuierlich. Aktuell sind nur 29 Prozent der Bevölkerung mit der Ukraine-Politik der Regierung zufrieden, 58 Prozent unzufrieden. In dieser Kritik mischen sich die Stimmen derjenigen, die die Unterstützung der Ukraine als unzureichend empfinden, mit Sorgen, dass die Unterstützung und die Sanktionen für Deutschland zu großen Risiken und Schäden führen.

Die grundsätzliche Frage, ob die Verteidigung von Souveränität und Freiheit höher zu bewerten ist, als unter allen Umständen den Frieden zu verteidigen, wird von der Mehrheit eindeutig mit ja beantwortet. Lediglich 22 Prozent der Bevölkerung räumen Frieden absolute Priorität ein, auch wenn dies Unterwerfung bedeutet. Knapp zwei Drittel halten einen Verteidigungskrieg grundsätzlich für gerechtfertigt. Es macht jedoch einen Unterschied, ob es um die Verteidigung der eigenen Freiheit geht oder um die Unterstützung eines anderen Landes. Die Bevölkerung sieht für sich erhebliche Kollateralschäden des Krieges, befürchtet aber nicht eine Bedrohung der eigenen Souveränität und Freiheit. Die Stärkung der

Tabelle A 2

Tabelle A 3

Verteidigungskraft des eigenen Landes gehört dadurch nach wie vor nicht zu den Prioritäten der Bürger. Umso größer ist die Herausforderung, die Unterstützung für die Sanktionen zu erhalten, insbesondere wenn die Kollateralschäden für die Bevölkerung spürbarer werden als zurzeit.

Bemerkenswert ist jedoch der Glaube an die Überlegenheit und Durchsetzungskraft freier Gesellschaftsordnungen in einer Zeit, in der nicht nur in Europa, sondern in weiten Teilen der Welt autoritäre Staatsformen an Bedeutung gewonnen haben und immer mehr auf Unterdrückung setzen. Nur eine Minderheit von 16 Prozent der Bevölkerung glaubt jedoch an einen langfristigen Siegeszug autoritärer Systeme; 60 Prozent sind dagegen überzeugt, dass sich die westlichen Leitideen von Freiheit und Demokratie durchsetzen werden. Noch breiter ist der Konsens, dass Demokratien eher in der Lage sind, die großen Herausforderungen der Zeit zu bewältigen: 73 Prozent der Bürger sind davon überzeugt, lediglich 9 Prozent trauen autoritären Systemen mehr zu. Entsprechend glaubt auch nur eine verschwindende Minderheit, dass eine autoritäre Staatsform für Deutschland besser wäre als die bundesdeutsche Demokratie:

Schaubild 1

Tabelle A 4

Davon sind in Westdeutschland lediglich 3 Prozent, in Ostdeutschland 13 Prozent überzeugt. Generell zieht die große Mehrheit die Bilanz, dass sich die Demokratie in Deutschland bewährt hat und die beste Staatsform ist. Hier gibt es allerdings auffallend große Unterschiede zwischen West und Ost: Auch wenn die meisten Ostdeutschen autoritären Systemen nicht den Vorzug geben, glauben immerhin 30 Prozent, dass es zu dem bestehenden demokratischen System eine überlegene Alternative gibt, eine Überzeugung, die nur 11 Prozent der Westdeutschen teilen. Auch dies gehört zu den verdrängten Herausforderungen, die in der aktuellen Situation wieder verstärkt ins Bewusstsein treten: dass mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung Ost und West in einigen grundsätzlichen Fragen weit auseinander liegen und sich zurzeit auch eher voneinander entfernen.

Tabelle A 5

In den letzten Monaten ist der Bevölkerung nicht nur bewusst geworden, dass Frieden, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern auch die riskante Abhängigkeit des Landes bei der Sicherheit seiner Energieversorgung und wirtschaftlichen Erfolge. Was die Abhängigkeit

bei der Energieversorgung angeht, ist der überwältigenden Mehrheit klar, dass sie so schnell wie möglich verringert werden muss. 75 Prozent sind überzeugt, dass die Zukunft des Landes entscheidend davon abhängt, dass Deutschland bei der Energieversorgung unabhängiger wird. Die Förderung regenerativer Energien wird denkbar breit unterstützt. Man würde die Bevölkerung jedoch unterschätzen, wenn man glaubte, sie mit einem raschen Ausbau allein der regenerativen Energien zu beruhigen. Gerade in der jetzigen Situation erwartet die große Mehrheit eine möglichst breite Absicherung der Versorgung durch die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Energiequellen, einschließlich Kohle und Kernenergie. Wie ernst es der Bevölkerung damit ist, Abhängigkeiten bei der Energieversorgung zu verringern, zeigt sich bei dem Preis, den die Mehrheit dafür bereit ist zu akzeptieren: Knapp zwei Drittel halten dieses Ziel für so wichtig, dass dafür auch Wohlstandseinbußen in Kauf genommen werden müssen.

Tabelle A 6

Schaubild 2

Die Mehrheit hält dies auch über die Energieversorgung hinaus für notwendig: 60 Prozent möchten, dass Deutschland mehr im eigenen Land produziert; 54 Prozent messen

Tabelle A 6

einer Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit so große Bedeutung bei, dass auch dafür Wohlstandseinbußen in Kauf genommen werden sollten. Führende Vertreter der Wirtschaft zeigten sich bei einer Befragung überzeugt, dass die Globalisierung an einem Wendepunkt steht. Insbesondere die starke Abhängigkeit von China löst auch in der Wirtschaft zunehmend Besorgnis aus. Gleichzeitig wird jedoch darauf verwiesen, dass eine rasche Entkopplung vom chinesischen Markt enorme Verwerfungen mit sich bringen würde. Auch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hält China als Wirtschaftspartner Deutschlands für immens wichtig. Und so sehr die Mehrheit wünscht, die wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Ländern zu verringern, mag nur eine Minderheit daraus ableiten, dass Deutschland seine Wirtschaftsbeziehungen generell zurückfahren sollte.

Schaubild 2

Schaubild 3

Schaubild 4

Tabelle A 7

Die Diskussion, ob Deutschland seine Handelspartner künftig schärfer selektieren und sich auf die Länder konzentrieren sollte, die ähnliche Grundüberzeugungen haben und als verlässliche Partner gelten, spaltet die Bevölkerung. 40 Prozent halten dies für den richtigen Weg, während 46 Prozent überzeugt

Schaubild 5

sind, dass eine Verringerung der Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern wie China Deutschland enorm schaden würde. Gespalten ist in dieser Frage vor allem die westdeutsche Bevölkerung, während in Ostdeutschland die überwältigende Mehrheit gegen eine schärfere Selektion von Handelspartnern votiert. Das hat auch damit zu tun, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung zurzeit noch mehr Sorgen als die westdeutsche über die weitere wirtschaftliche Entwicklung macht – nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig. Generell ist das Zutrauen der Mehrheit erschüttert, dass Deutschland in 10 bis 15 Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird. Nur 39 Prozent sind davon überzeugt, in Ostdeutschland 28 Prozent.

Schaubild 6

Die Haltung zur Globalisierung hängt eng mit der Grundhaltung zur Migration zusammen. Die Bevölkerungskreise, die Migration überwiegend mit Vorteilen für Deutschland verbinden, votieren zu 67 Prozent dafür, auch künftig auf Globalisierung zu setzen, von denjenigen, die überwiegend Nachteile sehen, dagegen nur 31 Prozent. Die Überzeugung, dass Zuwanderung überwiegend Nachteile mit sich bringt, ist weit verbreitet: 46 Prozent sehen

Schaubild 7

Schaubild 8

überwiegend Nachteile, 21 Prozent überwiegend Vorteile; 22 Prozent sind überzeugt, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen. In Ostdeutschland fällt die Bilanz noch weitaus kritischer aus: Knapp der Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung ist die Beschränkung der Zuwanderung so wichtig, dass dafür sogar Wohlstandseinbußen in Kauf genommen würden.

Schaubild 2

Aber auch insgesamt wünschen sich nur 24 Prozent der Bevölkerung mehr Zuwanderung, 51 Prozent weniger. In vielen Ländern Europas ist gerade zu beobachten, welches Konfliktpotential dieses Thema hat und dass es teilweise zu erheblichen Machtverschiebungen führen kann. Migration sozialverträglich und ohne politische Verwerfungen zu gestalten, erfordert vor allem, dass sie nach dem Eindruck der Bevölkerung gezielt gesteuert und an den Interessen des Landes ausgerichtet wird, aber auch, dass Parallelgesellschaften entgegengearbeitet wird. Die vor langer Zeit geführte, aber rasch beiseite geschobene Debatte über den Vorrang der nationalen Werte und Kultur ist für die Bevölkerung unverändert aktuell. Die überwältigende Mehrheit fordert keine weitgehende Assimilierung, aber im

Tabelle A 8

Konfliktfall den klaren Vorrang der nationalen Kultur und Gesellschaftsordnung.

Tabelle A 9

In Krisenzeiten hängt viel davon ab, was sich die Menschen zutrauen und wieweit sich bei allen Problemen die Überzeugung erhält, dass sich mit den richtigen Entscheidungen und Maßnahmen die Zukunft positiv beeinflussen lässt. Dieses Vertrauen ist zurzeit gering. Die Mehrheit ist überzeugt, dass die Zukunft von Ereignissen und Entwicklungen abhängt, die nicht beeinflusst werden können. Die Mehrheit glaubt zurzeit auch nicht an eine gute Zukunft des Landes, auch nicht auf Sicht von 10 Jahren. Pessimismus und Fatalismus sind keine guten Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderungen, nicht einmal für einen konstruktiven Diskurs, wie wir in Zukunft leben wollen.

Tabelle A 10

Schaubild 9

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1030
Befragungszeitraum:	1.9. bis 14.09.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Die Unzufriedenheit mit der Ukrainepolitik wächst

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung im Umgang mit der Ukraine-Krise?*) Würden Sie sagen, die Bundesregierung leistet hier …"

	2022				
	März	Mai	Juni	Juli	Sept.
Bevölkerung insgesamt	%	%	%	%	%
"sehr gute Arbeit“ / „gute Arbeit“	49	42	37	29	29
„weniger gute Arbeit“ / „gar keine gute Arbeit“	33	43	50	52	58
Unentschieden	18	15	13	19	13
	100	100	100	100	100

*) Mai 2022: „dem Ukraine-Krieg“

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12059, September 2022

Frieden um den Preis der Unterwerfung?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges unterhalten sich hier zwei. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
„Ich finde, man muss bereit sein, sein Land und die Freiheiten mit allen Mitteln zu verteidigen, also auch, wenn man angegriffen wird.“	57
„Das sehe ich anders. Wirklich wichtig ist doch, dass die Menschen in Frieden leben können, auch wenn das vielleicht heißt, dass man sich einem anderen Land unterwirft.“	22
Unentschieden	21
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Grundsätzliche Haltungen zu Krieg

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier ist einiges aufgeschrieben, was uns andere über Krieg gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ein Verteidigungskrieg ist gerechtfertigt, um das Leben und die Freiheit von Menschen gegen einen Angriff zu verteidigen	64
Kein Krieg ist zu rechtfertigen, jeder Krieg bringt Leid und Tod und verstößt damit gegen Menschenrechte	62
Auch der Sieger eines Krieges hat durch den Krieg am Ende mehr Nachteile als Vorteile	58
Man muss kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen	39
Man darf nie riskieren, mit einer Atommacht Krieg zu führen	38
Im Interesse der Bevölkerung sollte man in einem Krieg auch nachgeben, wenn das den Krieg verkürzt	33
Man muss sich nicht militärisch wehren, man kann auch gewaltfrei oder durch zivilen Ungehorsam Widerstand leisten	20
Mein Glaube lässt die Unterstützung für einen Krieg nicht zu, auch wenn es um eine gerechte Sache geht	11
Nichts davon	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12054, Mai 2022

Großer Rückhalt für die Demokratie

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie sagen, die Demokratie hat sich bei uns im Großen und Ganzen bewährt, oder meinen Sie, eine autoritäre Staatsform mit einer starken Persönlichkeit an der Spitze wäre besser für Deutschland?“

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Demokratie bewährt	74	79	50
Autoritäre Staatsform besser	5	3	13
Unentschieden, keine Meinung	21	18	37
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

Große Meinungsverschiedenheiten
zwischen Ost und West

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Beste Staatsform	62	67	37
Gibt andere, die besser ist	14	11	30
Unentschieden	24	22	33
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

Maßnahmen für eine gute Zukunft

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was ist Ihrer Meinung nach wichtig, damit Deutschland eine gute Zukunft hat? Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt, je nachdem, ob das Ihrer Meinung nach für eine gute Zukunft besonders wichtig, auch noch wichtig, oder weniger wichtig ist."

Das ist für eine gute Zukunft besonders wichtig:	Bevölkerung insgesamt %
Bei der Energieversorgung unabhängiger vom Ausland werden	**75**
Mehr in Schulen und Bildung investieren	71
Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen verbessern	69
Verstärkt in Deutschland und weniger im Ausland produzieren	**60**
Forschung und Wissenschaft stärker fördern	59
Bürokratie abbauen	55
Die Wirtschaft stärken	53
Den technologischen Fortschritt fördern	52
Die Zuwanderung nach Deutschland gezielt steuern	51
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern	49
Den Klimaschutz vorantreiben	48
Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, der Ämter und Behörden verbessern	48
Die Digitalisierung vorantreiben	45
Die staatlichen Unterstützungsleistungen stärker auf die sozial Schwachen konzentrieren	40
Die Eigenverantwortung der Bürger fördern	36
Unternehmensgründungen erleichtern	35
Die Leistungsorientierung fördern	32
Die Staatsverschuldung eindämmen bzw. abbauen	32
Sich für den freien Handel in der Welt einsetzen	25
Die Zuwanderung von Arbeitskräften fördern	24
Die Bundeswehr stärken, die Verteidigungsbereitschaft erhöhen	24
Den Einfluss des Staates verringern	17
Die Lebensarbeitszeit verlängern	4

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

China ist für Deutschlands Wirtschaft wichtig

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen, wie wichtig ist China als Wirtschaftspartner für Deutschland?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
„Sehr wichtig“	38
„Wichtig“	46
„Weniger wichtig“	4
„Gar nicht wichtig“	1
Unentschieden	11
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Die Mehrheit wünscht für Deutschland weniger Zuwanderung

FRAGE: "Wie sollte Deutschlands Zukunft Ihrer Meinung nach aussehen? Dazu gibt es dieses Blatt, auf dem jeweils Gegensätze stehen und dazwischen die Ziffern 1 bis 5. Bitte nennen Sie mir bei jedem Paar die Zahl, die Ihrer Meinung nach am ehesten darauf zutrifft, wie Deutschlands Zukunft Ihrer Meinung nach aussehen sollte. Wenn Sie zum Beispiel der Meinung sind, dass es in zukünftig deutlich mehr Zuwanderung nach Deutschland geben sollte, dann nennen Sie die 1, wenn Sie für etwas mehr Zuwanderung sind, die 2. Wenn Sie dagegen finden, dass es zukünftig weniger Zuwanderung geben sollte, dann nehmen Sie die 4 bzw. die 5, je nachdem wie stark Sie diesen Eindruck haben."

	Bevölkerung insgesamt %	
Mehr Zuwanderung		
1	9	24
2	15	
3	25	
4	24	51
5	27	
Weniger Zuwanderung		
Im Durchschnitt	3	
Unentschieden	x	

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Breite Mehrheit im Konfliktfall für Orientierung an deutscher Leitkultur

FRAGE: "Es wird ja viel darüber diskutiert, ob für Ausländer, die in Deutschland leben, die deutsche Kultur Leitkultur sein soll, das heißt, ob sie sich im Konfliktfall an der deutschen Kultur ausrichten sollen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wer von beiden sagt eher das, was Sie auch denken?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
„Ausländer, die in Deutschland leben, sollten sich an der deutschen Kultur orientieren. Natürlich können sie Ihre eigenen Bräuche, Sprache oder Religion pflegen, aber im Konfliktfall sollte die deutsche Kultur Vorrang haben.“	69
„Ich bin gegen eine deutsche Leitkultur. In einem Staat, in dem neben Deutschen mittlerweile viele Ausländer leben, kann es keine Leitkultur geben, sondern nur verschiedene Kulturen, die gleichberechtigt nebeneinander bestehen.“	24
Unentschieden, weiß nicht	7
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

Fatalismus überwiegt

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Zwei Menschen unterhalten sich über die Zukunft. Der Erste sagt: ‚Wir haben unsere Zukunft weitgehend selbst in der Hand und können selbst festlegen, wie unsere Zukunft aussieht.‘
Der Zweite sagt: ‚Unsere Zukunft hängt vor allem von Ereignissen und Entwicklungen ab, die wir nicht beeinflussen können und auf die wir uns nur einstellen können.‘
Wem würden Sie eher zustimmen?

	Bevölkerung insgesamt
	%
„Wir haben unsere Zukunft selbst in der Hand.“	30
„Unsere Zukunft hängt vor allem von Ereignissen und Entwicklungen ab, die wir nicht beeinflussen können.“	55
Unentschieden	15
	100

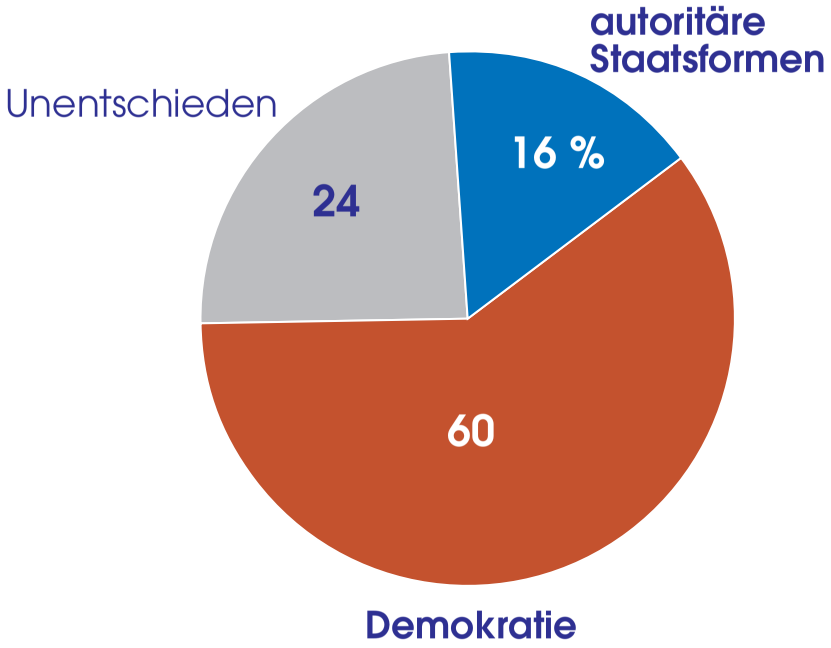
QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059, September 2022

S c h a u b i l d e r

Glaube an die Kraft der Demokratie

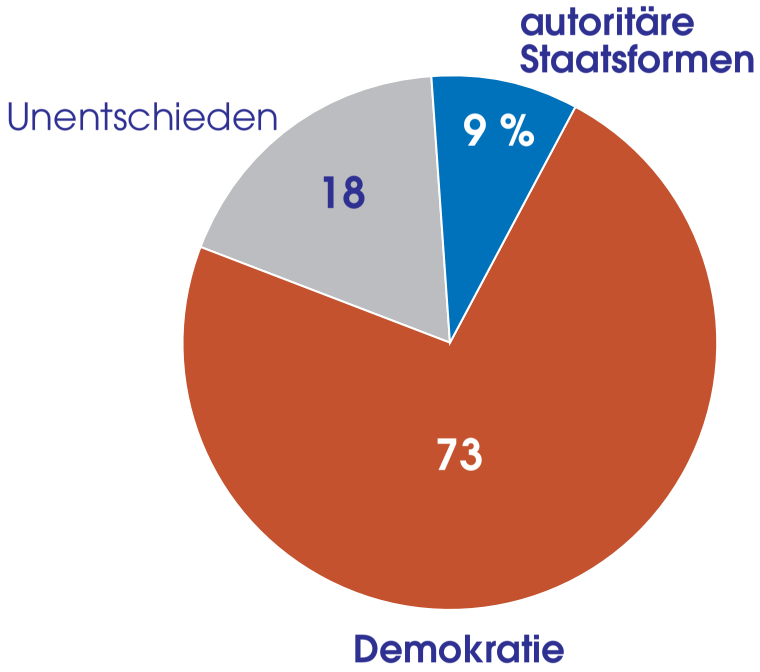
Frage: "Zwei Ideen stehen heute in der Welt gegeneinander: autoritäre Staatsformen und die westliche Vorstellung von Freiheit und Demokratie. Natürlich kann niemand in die Zukunft sehen, aber was glauben Sie, was sich auf der Welt schließlich durchsetzen wird: autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?"

Durchsetzen wird sich in der Welt –



Frage: "Was glauben Sie, welche Staatsform besser geeignet ist, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu lösen: autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?"

Besser geeignet zur Bewältigung der Herausforderungen –

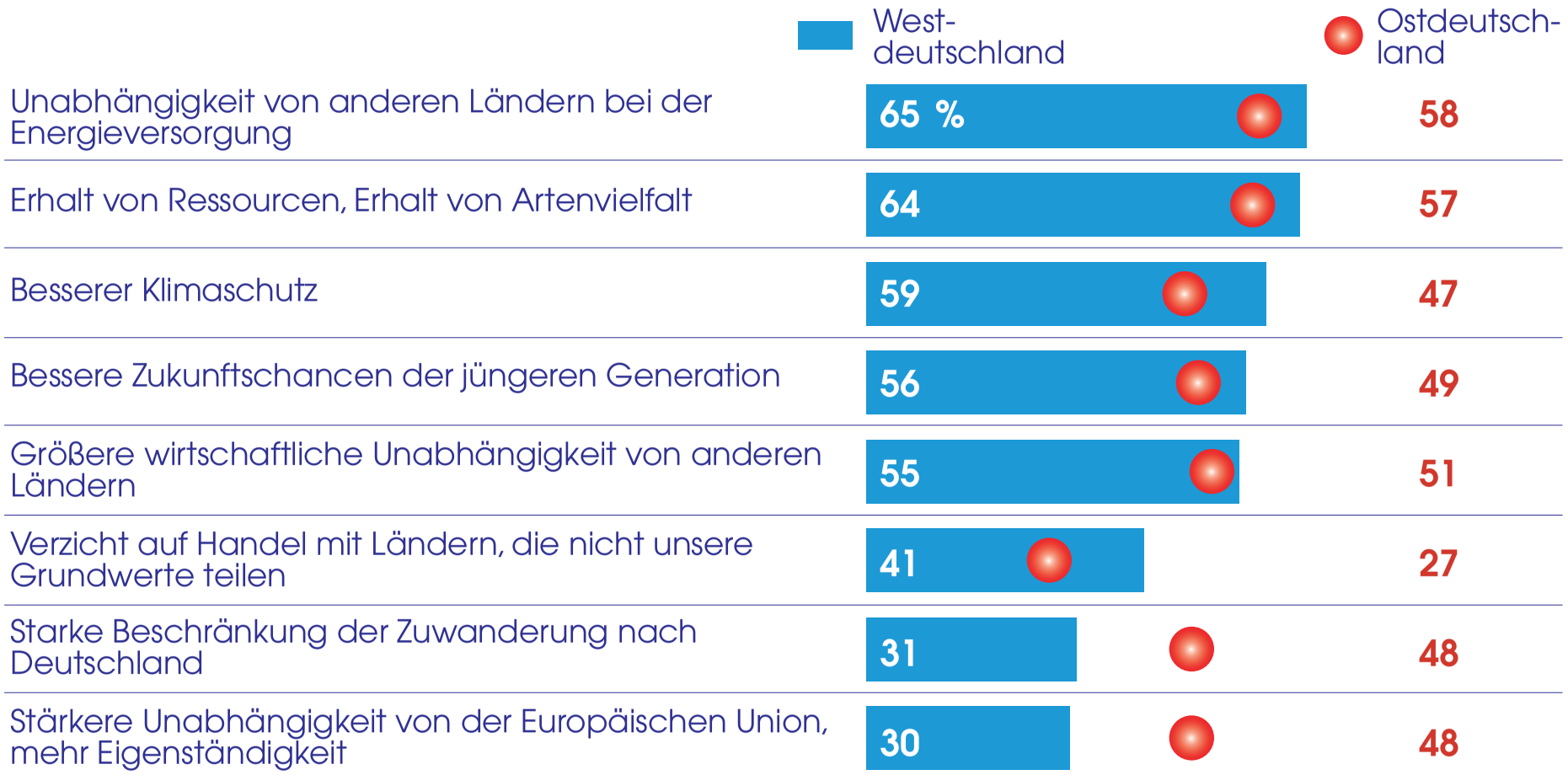


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

© IfD-Allensbach

Wofür lohnen sich Wohlstandseinbußen?

Frage: "Welche Ziele von dieser Liste finden Sie so wichtig, dass man dafür einen Rückgang des Wohlstands in Kauf nehmen sollte?"



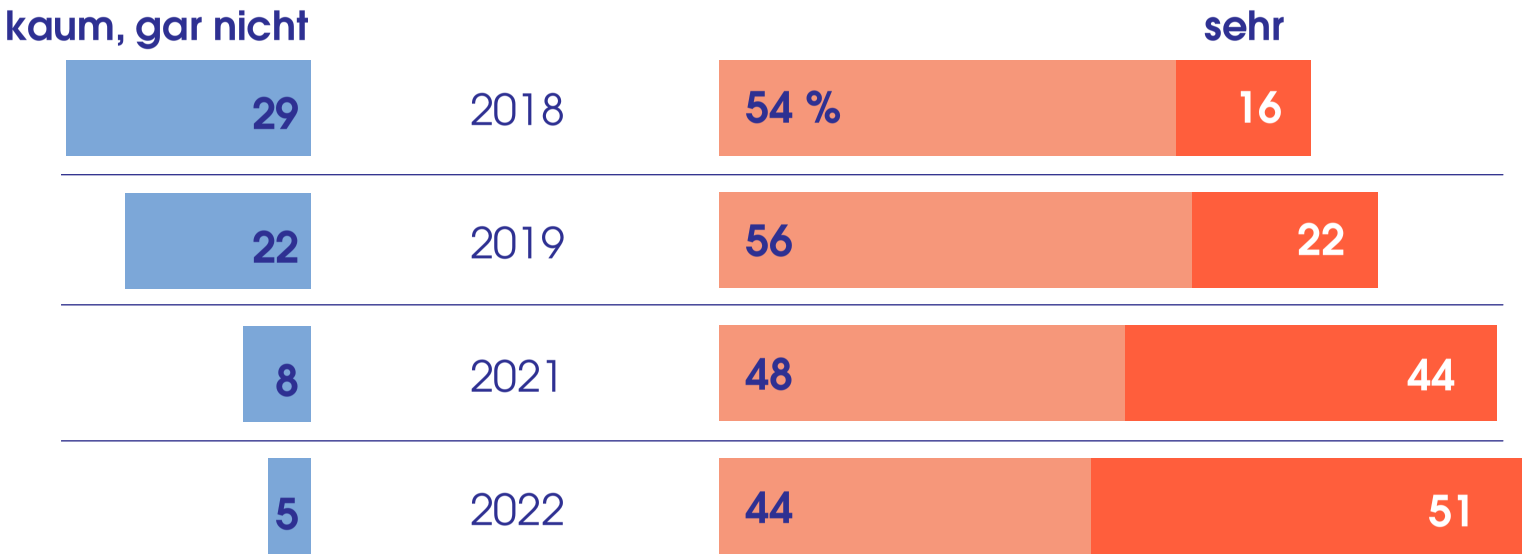
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

© IfD-Allensbach

Schaubild 2

Weiter wachsende Beunruhigung über die Abhängigkeit von China

Die zunehmende Abhängigkeit von Teilen der deutschen Wirtschaft vom chinesischen Markt beunruhigt mich –



Quelle: CAPITAL-FAZ-Elite-Panel, IfD-Umfragen 7276, 7298, 8286, 8295

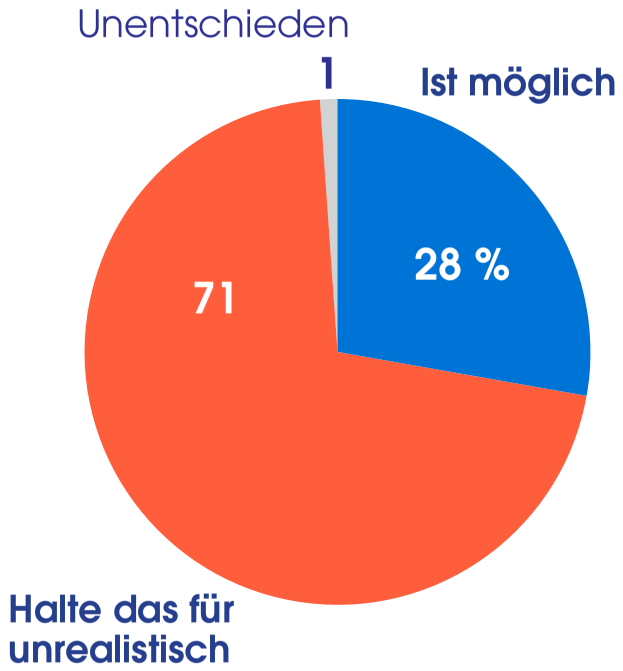
© IfD-Allensbach

Schaubild 3

Kurzfristige Reduzierung der Abhängigkeit unrealistisch

Frage: "Angesichts der großen Bedeutung von China für die deutsche Industrie wird ja gefordert, diese Abhängigkeit rasch zu reduzieren. Ist das Ihrer Meinung nach innerhalb weniger Jahre möglich, oder halten Sie das für unrealistisch?"

Führungsspitzen insgesamt



Folgen einer Reduzierung des Chinageschäfts wären gravierend –	Führungsspitzen – insgesamt %	aus der Wirtschaft %	aus der Politik %
- bei einer kurzfristigen Reduktion binnen weniger Jahre	**75**	**80**	**67**
- mittelfristig innerhalb von 10 Jahren	**38**	**42**	**31**

Quelle: CAPITAL-FAZ-Elite-Panel, IfD-Umfrage 8295, Juni/Juli 2022

© IfD-Allensbach

Schaubild 4

Schärfere Selektion von Handelspartnern?

	Bevölkerung		
	insgesamt	Westdeutsch-land	Ostdeutsch-land
	%	%	%
"Ich finde, Deutschland sollte in Zukunft vor allem mit Ländern Handel treiben, die unsere Grundwerte teilen. Nur diese sind für uns verlässliche und sichere Partner, und wir geraten nicht mehr in schädliche Abhängig-keiten von anderen Ländern."	**40**	**44**	**25**
"Das sehe ich anders. Deutschland profitiert stark vom freien Welthandel und vom Handel mit Ländern wie China. Daran sollten wir festhalten. Wenn wir nur noch mit befreundeten Ländern Handel treiben, würde dies unserer Wirtschaft stark schaden."	**46**	**42**	**65**
Unentschieden	**14**	**14**	**10**
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

© IfD-Allensbach

Skepsis in Bezug auf Deutschlands Wirtschaftsperspektiven

Frage: "Was meinen Sie: Wird Deutschland in 10, 15 Jahren weltweit noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören, oder glauben Sie das nicht?"

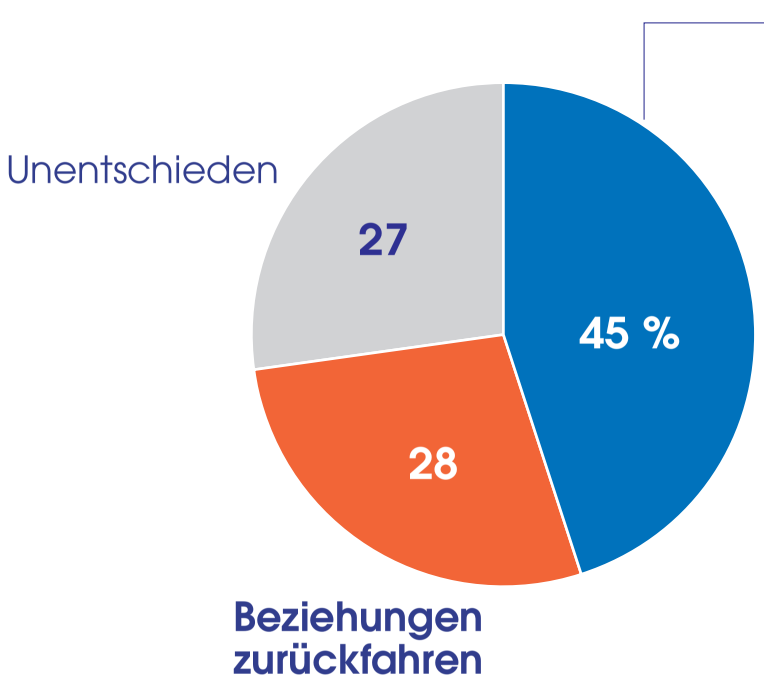
	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status –		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Wird noch dazugehören	**39**	**32**	**36**	**52**
Glaube das nicht	**36**	**38**	**39**	**26**
Unentschieden	**25**	**30**	**25**	**22**
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

© IfD-Allensbach

Weiter auf Globalisierung setzen?

Frage: "Was meinen Sie: Sollte Deutschland wirtschaftlich weiter auf Globalisierung setzen, oder sollte Deutschland die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern zurückfahren?"



Sozioökonomischer Status -

niedrig	32 %
mittel	46
hoch	55

Personen, die Zuwanderung verbinden mit -

Vorteilen	67
Nachteilen	31

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

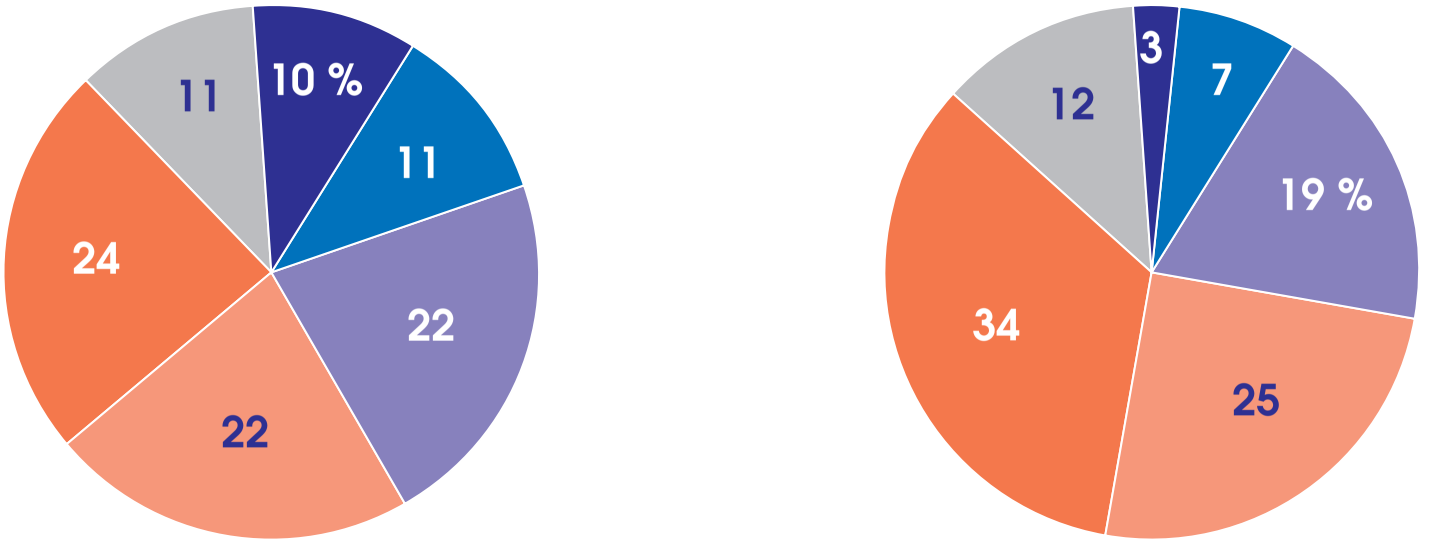
© IfD-Allensbach

Zuwanderungsbilanz

Frage: "Wie schätzen Sie das ganz generell ein: Hat Deutschland durch die Zuwanderung alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? Würden Sie sagen ..."

- Die Vorteile **überwiegen deutlich**
- Die Vorteile **überwiegen etwas**
- Vor- und Nachteile **gleichen sich aus**
- Die Nachteile **überwiegen etwas**
- Die Nachteile **überwiegen deutlich**
- Unentschieden

Bevölkerung

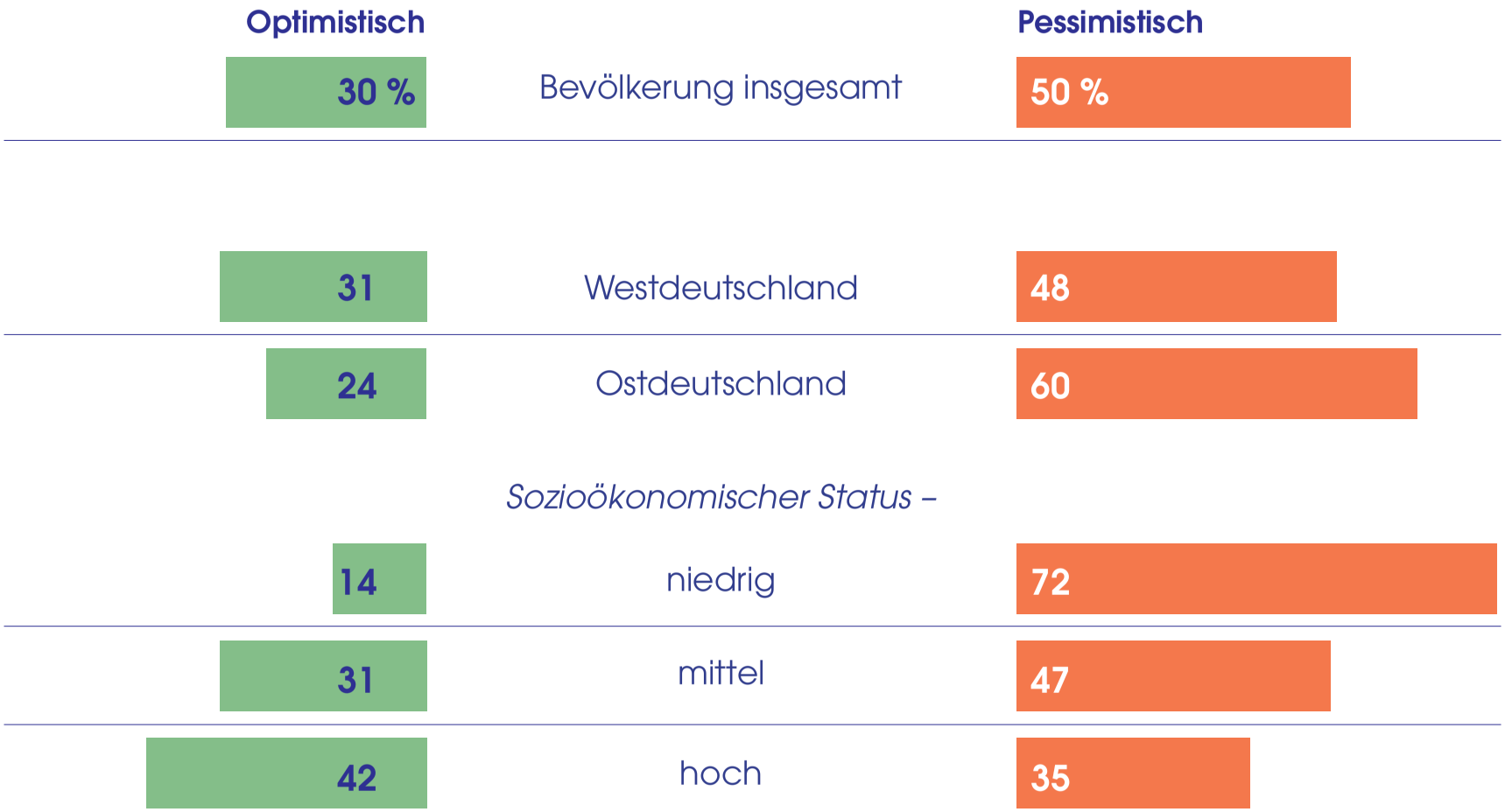


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

© IfD-Allensbach

Zurzeit ausgeprägter Zukunftspessimismus

Frage: "Zurzeit steht Deutschland ja vor vielen Problemen und Herausforderungen. Aber wenn Sie einmal an die nächsten 10 Jahre denken: Sind Sie da eher optimistisch oder eher pessimistisch, dass Deutschland eine gute Zukunft haben wird?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

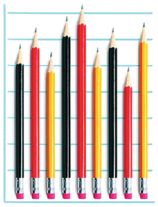
© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 228
vom 30. September 2022, S. 10, unter dem Titel:

"Zeit der Entscheidung. Trotz vieler Krisen glaubt die Mehrheit an den Sieg freier Gesellschaften."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Zeit der Entscheidung



Trotz vieler Krisen glaubt die Mehrheit an den Sieg freier Gesellschaften.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Es ist ein Merkmal unserer Zeit, dass sich angesichts der Kumulierung von Krisen und Risiken die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, in vieler Hinsicht drängend stellt. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen an Wegscheiden, werden in Entscheidungen gezwungen, die lange verdrängt wurden oder nicht drängend schienen. Der Frieden in Europa erschien vielen garantiert, die überwältigende Mehrheit kennt nichts anderes als Frieden. Plötzlich ist Europa jedoch beteiligter Zeuge eines Krieges, bei dem es um die Verteidigung von Souveränität und Freiheit geht, und wird damit selbst in die Entscheidung gezwungen, ob es Frieden um jeden Preis verfolgt oder den Kampf um Freiheit und Souveränität unterstützt.

Gleichzeitig stellen sich viele Fragen, wieweit Abhängigkeiten in Kauf genommen werden können; das gilt nicht nur in Bezug auf die Versorgung mit Energie und Rohstoffen, sondern auch für die Organisation der Wirtschaftsbeziehungen. Hat die

Globalisierung ihren Zenit überschritten, wollen wir eine schärfere Selektion von Handelspartnern und eine Renationalisierung von Produktionsstrukturen, und sind wir dafür auch bereit, Wohlstandseinbußen hinzunehmen?

Die ökonomischen Kollateralschäden der Krisen stellen auch die gesellschaftliche Solidarität auf die Probe. Das Zutrauen, dass der Wohlstand und damit die Verteilungsspielräume kontinuierlich weiter wachsen, ist zerstört, und dies zwingt auch Entscheidungen auf, wie die knapper werdenden Ressourcen eingesetzt werden sollten. Der künftige Zuschnitt des Sozialstaates in einer rasch alternden Bevölkerung steht hier zur Debatte und die Frage, welche Reformen von der Bevölkerung mitgetragen oder zumindest akzeptiert würden.

Es sind so grundlegende Weichenstellungen, dass es für jede Regierung zur Herausforderung wird, die richtigen Entscheidungen zu treffen und gleichzeitig die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, um sich die Basis für die Weiterführung ihrer Politik zu sichern. Bei der ersten Frage, der Balance zwischen Friedenssicherung und der Unterstützung bei der Verteidigung von Souveränität und Freiheit, gelingt dies der Regierung mit jedem Monat weniger. Im März, nach dem Ausrufen der Zeitenwende, unterstützte die Mehrheit der Bevölkerung den Kurs in Bezug auf den Ukrainekrieg, nur 33 Prozent zogen eine kritische Bilanz. Schon im Mai hielten sich Anerkennung und Kritik die Waage, seither wächst die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Regierung kontinuierlich. Aktuell sind nur 29 Prozent mit der Ukraine-Politik der Regierung zufrieden, 58 Prozent unzufrieden.

Die grundsätzliche Frage, ob die Verteidigung von Souveränität und Freiheit höher zu bewerten ist, als unter allen Umständen den Frieden zu verteidigen, wird von der Mehrheit eindeutig mit Ja beantwortet. Nur 22 Prozent räumen Frieden absolute Priorität ein, auch wenn dies Unterwerfung bedeutet. Es macht jedoch einen Unterschied, ob es um die Verteidigung der eigenen Freiheit geht oder um die Unterstützung eines anderen Landes. Die Bevölkerung sieht für sich erhebliche Kollateralschäden des Krieges, befürchtet aber nicht eine Bedrohung der eigenen Souveränität und Freiheit. Die Stärkung der Verteidigungskraft des eigenen Landes gehört dadurch nach wie vor nicht zu den Prioritäten der Bürger. Umso größer ist die Herausforderung, die Unterstützung für die Sanktionen zu erhalten, insbesondere wenn die Kollateralschäden für die Bevölkerung spürbarer werden als zurzeit.

Bemerkenswert ist jedoch der Glaube an die Überlegenheit und Durchsetzungskraft freier Gesellschaftsordnungen in einer Zeit, in der nicht nur in Europa, sondern in weiten Teilen der Welt autoritäre Staatsformen an Bedeutung gewonnen haben und immer mehr auf Unterdrückung setzen. Nur eine Minderheit von 16 Prozent der Bevölkerung glaubt jedoch an einen langfristigen Siegeszug autoritärer Systeme; 60 Prozent sind dagegen überzeugt, dass sich die westlichen Leitideen von Freiheit und Demokratie durchsetzen werden. Noch breiter ist der Konsens, dass Demokratien eher in der Lage sind, die großen Herausforderungen der Zeit zu bewältigen. Entsprechend glaubt auch nur eine verschwindende Minderheit, dass eine autoritäre Staatsform für Deutschland besser wäre als die bundesdeutsche Demokratie: Davon sind in Westdeutschland nur drei Prozent, in Ostdeutschland 13 Prozent überzeugt. Generell zieht die große Mehrheit die Bilanz, dass sich die Demokratie in Deutschland bewährt hat und die beste Staatsform ist. Hier gibt es allerdings auffallend große Unterschiede zwischen West und Ost: Auch wenn die meisten Ostdeutschen autoritären Systemen nicht den Vorzug geben, glauben immerhin 30 Prozent, dass es zu dem demokratischen System eine überlegene Alternative gibt, eine Überzeugung, die nur elf Prozent der Westdeutschen teilen. Auch dies gehört zu den verdrängten Herausforderungen, die in der aktuellen Situation wieder verstärkt ins Bewusstsein treten: dass mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung Ost und West in einigen grundsätzlichen Fragen weit auseinander liegen und sich zurzeit auch eher voneinander entfernen.

In den letzten Monaten ist der Bevölkerung nicht nur bewusst geworden, dass Frieden, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern auch die riskante Abhängigkeit des Landes bei der Sicherheit seiner Energieversorgung und wirtschaftlichen Erfolge. Was die Abhängigkeit bei der Energieversorgung angeht, ist der überwältigenden Mehrheit klar, dass sie so schnell wie möglich verringert werden muss. Die Förderung regenerativer Energien wird denkbar breit unterstützt. Man würde die Bevölkerung jedoch unterschätzen, wenn man glaubte, sie mit einem raschen Ausbau allein der regenerativen Energien zu beruhigen. Gerade in der jetzigen Situation erwartet die große Mehrheit eine breite Absicherung der Versorgung durch die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Energiequellen, einschließlich Kohle und Kernenergie. Wie ernst es der Bevölkerung damit ist, Abhängigkeiten bei der Energieversorgung zu verringern, zeigt sich bei dem Preis, den die Mehrheit dafür bereit ist zu akzeptieren: Knapp zwei Drittel halten dieses Ziel für so wichtig, dass dafür auch Wohlstandseinbußen in Kauf genommen werden müssen. Die Mehrheit hält dies auch über die Energieversorgung hinaus für notwendig: 60 Prozent möchten, dass Deutschland mehr im eigenen Land produziert; 54 Prozent messen einer Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit so große Bedeutung bei, dass auch dafür Wohlstandseinbußen in Kauf genommen werden sollten. Trotzdem mag nur eine Minderheit daraus ableiten, dass Deutschland seine Wirtschaftsbeziehungen zurückfahren und eine Abkehr von der Globalisierung verfolgen sollte.

Die Diskussion, ob Deutschland seine Handelspartner künftig schärfer selektieren und sich auf die Länder konzentrieren sollte, die ähnliche Grundüberzeugungen haben und als verlässliche Partner gelten, spaltet die Bevölkerung. 40 Prozent halten dies für den richtigen Weg, während 46 Prozent überzeugt sind, dass eine Verringerung der Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern wie China Deutschland enorm schaden würde. Gespalten ist in dieser Frage vor allem die westdeutsche Bevölkerung, während in Ostdeutschland die überwältigende Mehrheit gegen eine schärfere Selektion von Handelspartnern votiert. Das hat auch damit zu tun, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung noch mehr Sorgen als die westdeutsche über die weitere wirtschaftliche Entwicklung macht – nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig. Generell ist das Zutrauen der Mehrheit erschüttert, dass Deutschland in zehn bis 15 Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird.

Die Haltung zur Globalisierung hängt eng mit der Grundhaltung zur Migration zusammen. Die Bevölkerungskreise, die Migration überwiegend mit Vorteilen für Deutschland verbinden, votieren zu 67 Prozent dafür, auch künftig auf Globalisierung zu setzen, von denjenigen, die überwiegend Nachteile sehen, dagegen nur 31 Prozent. Die Überzeugung, dass Zuwanderung überwiegend Nachteile mit sich bringt, ist weit verbreitet: 46 Prozent sehen überwiegend Nachteile, 21 Prozent überwiegend Vorteile; 22 Prozent sind überzeugt, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen. In Ostdeutschland fällt die Bilanz noch weitaus kritischer aus

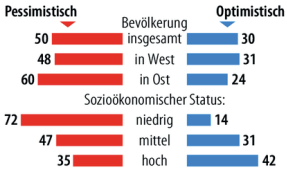
Aber auch insgesamt wünschen sich nur 24 Prozent mehr Zuwanderung, 51 Prozent weniger. In vielen Ländern Europas ist gerade zu beobachten, welches Konfliktpotential dieses Thema hat und dass es teilweise zu erheblichen Machtverschiebungen führen kann. Migration sozialverträglich und ohne politische Verwerfungen zu gestalten erfordert, dass sie nach dem Eindruck der Bevölkerung gezielt gesteuert und an den Interessen des Landes ausgerichtet wird, aber auch, dass Parallelgesellschaften entgegengearbeitet wird.

In Krisenzeiten hängt viel davon ab, was sich die Menschen zutrauen und wie weit sich bei allen Problemen die Überzeugung erhält, dass sich mit den richtigen Entscheidungen und Maßnahmen die Zukunft positiv beeinflussen lässt. Dieses Vertrauen ist zurzeit gering. Die Mehrheit ist überzeugt, dass die Zukunft von Ereignissen und Entwicklungen abhängt, die nicht beeinflusst werden können. Die Mehrheit glaubt zurzeit auch nicht an eine gute Zukunft des Landes, auch nicht auf Sicht von zehn Jahren. Pessimismus und Fatalismus sind keine guten Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderungen, nicht einmal für einen konstruktiven Diskurs, wie wir in Zukunft leben wollen.

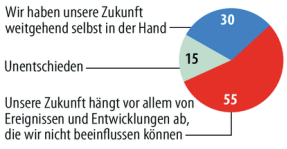
So sieht Deutschland die Zukunft

Alle Angaben in Prozent

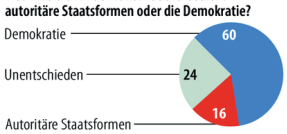
Wenn Sie an die nächsten 10 Jahre denken: Sind Sie eher optimistisch oder eher pessimistisch, dass Deutschland eine gute Zukunft haben wird?



Gefühl der Machtlosigkeit…



Was wird sich in der Zukunft durchsetzen: autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?

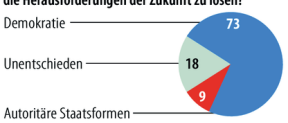


Wofür würden Sie einen Rückgang des Wohlstands in Kauf nehmen? (Häufigste Nennungen)

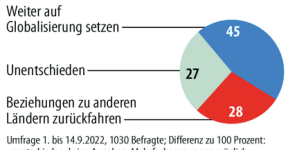
		darunter Ostdeutschland
Unabhängigkeit von anderen Ländern bei der Energieversorgung	64	58
Erhalt von Ressourcen/Artenvielfalt	62	57
Besserer Klimaschutz	57	47
Bessere Zukunftschancen der jüngeren Generation	55	49
Größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von anderen Ländern	54	51

Wie wird sich Deutschland in den kommenden 10 Jahren entwickeln? Wie stellen Sie sich Deutschland in 10 Jahren vor? (Häufigste Nennungen)

Welche der beiden Staatsformen ist besser geeignet, die Herausforderungen der Zukunft zu lösen?



Sollte Deutschland weiter auf Globalisierung setzen, oder die Wirtschaftsbeziehungen zurückfahren?



Umfrage 1. bis 14.9.2022, 1030 Befragte; Differenz zu 100 Prozent: unentschieden, keine Angaben; Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach / F.A.Z.-Grafik Brocker